

LANDKREIS REUTLINGEN

N i e d e r s c h r i f t

- öffentlich -

Kreistag
am 20.03.2024

Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr

Sitzungsende: 19:00 Uhr

Sitzungsort: Landratsamt Reutlingen, Großer Sitzungssaal, Bismarckstraße 47

Vorsitz:

Landrat Dr. Ulrich Fiedler

Schriftführung:

Karin Kapitel

Anwesende Mitglieder:

FWV-Kreistagsfraktion

Heinrich Beck

Klemens Betz

Traudl Brunner

bis TOP 4 teilw.

Christof Dold

Dr. med. Barbara Dürr

ab TOP 3 teilw.

Martin Fink

Erich Fritz

Carmen Haberstroh

Dr. rer. nat. Rolf Hägele

Rudolf Heß

Michael Hillert

Friedel Kehrner-Schreiber

Georg Leitenberger

Uwe Morgenstern

Lilli Reusch

bis TOP 8 teilw.

Andreas Seiz

bis TOP 9 teilw.

Jochen Zeller

CDU-Kreistagsfraktion

Dietmar Bez

Gabriele Gaiser

Frank Glaunsinger

Wolfgang Göbel

Erich Herrmann

Dieter Hillebrand

Hartmut Holder

Bernd Hummel

Gerd Mollenkopf

Sven Probst

ab TOP 3 teilw.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Mario Storz
Andreas vom Scheidt
Florian Weller

Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN

Dr. Karsten Amann
Heike Bader
Rainer Blum
Rainer Buck
Hans Gampe
Susanne Häcker
Hans-Martin Hipp
Ana Sauter
Dr. Antje Schöler

SPD-Kreistagsfraktion

Rebecca Hummel
Klaus Käppeler
Ralf-Michael Röckel
Frank Schröder
Helmut Treutlein

FDP-Kreistagsfraktion

Florian Bauer
Rolf Gaub
Hagen Kluck
Regine Vohrer

AfD-Kreistagsfraktion

Harald Rinderknecht
Hansjörg Schrade
Steffen Wenzel

Kreistagsfraktion DIE LINKE

Petra Braun-Seitz
Thomas Ziegler

Sachkundige/Sachverständige:

Dominik Nusser, Geschäftsführung Kreis-
kliniken Reutlingen
Prof. Jo Jerg, Vorsitzender Inklusionskonferenz

Sonstige Sitzungsteilnehmer:

Hans-Jürgen Stede, Nachhaltigkeitsdezernent
Gerd Pflumm, Verwaltungsdezernent
Andreas Bauer, Sozialdezernent
Elke Weiss, Leiterin Amt für Kommunalaufsicht
und Rechnungsprüfung
Wolfgang Klett, Kreiskämmerer
Silvia Kovacevic, Hautamtsleiterin

ab TOP 3

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Daniel Stückle, Kreisschul- und Kulturamtsleiter
Tobias Halm, Kreis-Straßenbauamtsleiter
Christine Besenfelder, Kreisjugendamtsleiterin
Rebekka Schranz, Kreisbauamtsleiterin
Dr. Felicia Sparacio, Persönliche Referentin
Landrat
Katja Walter-Frasch, Pressesprecherin
Achim Göbel, Kreiskämmerei
Jaclyn Wilke, Kreiskämmerei
Lokalmedien
Zuhörer

Abwesende Mitglieder:

FWV-Kreistagsfraktion

Silke Höflinger	unentschuldigt
Peter Nußbaum	entschuldigt

CDU-Kreistagsfraktion

Gebhard Aierstock	entschuldigt
Michael Donth	entschuldigt

Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN

Melanie Amrhein	entschuldigt
Henrike Brinkmann	entschuldigt
Michael Schwenk	entschuldigt

SPD-Kreistagsfraktion

Thomas Keck	entschuldigt
Mike Münzing	entschuldigt
Ronja Nothofer-Hahn	entschuldigt
Elmar Rebmann	entschuldigt
Edeltraut Stiedl	entschuldigt

WiR (kein Fraktionsstatus)

Prof. Dr. Jürgen Straub	entschuldigt
-------------------------	--------------

fraktionslos

Ingo Uwe Reetzke	entschuldigt
------------------	--------------

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

T a g e s o r d n u n g

öffentlich

1. Einwohnerfragestunde
2. Besetzung der Stelle der Leitung des Verwaltungsdezernats
- KT-Drucksache Nr. X-0707/1 -
3. Kreiskliniken Reutlingen GmbH;
Entscheidung über die Eckpunkte des Medizinkonzepts 2030 inklusive Wirtschaftsmaßnahmen
- KT-Drucksache Nr. X-0709 -
4. a) Kreiskliniken Reutlingen GmbH - Managementkonzeption ab Mai 2025
b) Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung im Landkreis Reutlingen
- KT-Drucksache Nr. X-0635 -
5. Managementvertrag für die Kreiskliniken Reutlingen GmbH
(Anfrage der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN)
Mitteilungsvorlage
- KT-Drucksache Nr. X-0631 -
6. Kreiskliniken Reutlingen GmbH;
Übernahme von Ausfallbürgschaften
- KT-Drucksache Nr. X-0713 -
7. Maßnahme zur Personalgewinnung und -bindung
- Anrechnung der Stufenlaufzeit bei Höhergruppierungen
- KT-Drucksache Nr. X-0706 -
8. Nachhaltiger Landkreis Reutlingen
- Nachhaltige Top-Projekte 2023
Mitteilungsvorlage
- KT-Drucksache Nr. X-0717 -
9. Weiterentwicklung von Assistenzangeboten für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Reutlingen - Vorstellung Impulspapier "Mir machet" statt "Mir sottet"
Mitteilungsvorlage
- KT-Drucksache Nr. X-0715 -
10. Änderung in der Besetzung des Kreiswausschusses für die Kreistagswahl am 09.06.2024
- KT-Drucksache Nr. X-0705 -
11. Änderung der Satzung des Landkreises Reutlingen über die Form der öffentlichen Bekanntmachungen
- KT-Drucksache Nr. X-0704 -
12. Wahl eines beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss
- KT-Drucksache Nr. X-0716 -

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

13. Mitteilungen/Anfragen

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 1 - öffentlich -

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Es werden keine Fragen gestellt.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich -

Besetzung der Stelle der Leitung des Verwaltungsdezernats

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. X-0707/1 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war. Die Leitung des Verwaltungsdezernats sei eine herausragende Position im Landkreis. Der bisherige Stelleninhaber, Herr Gerd Pflumm, werde zum 30.09.2024 in den Ruhestand versetzt.

Vorstellung des Bewerbers:

Der Bewerber Herr Pawlak stellt sich vor. Er schildert insbesondere seinen beruflichen Werdegang und nennt die Gründe für seine Bewerbung. Anschließend erläutert er, wie er sich die Arbeit als Leiter des Verwaltungsdezernats vorstellen würde.

Nach der Beantwortung einiger Fragen von Mitgliedern des Kreistags verlässt Herr Pawlak den Sitzungssaal.

Der Vorsitzende schlägt geheime Wahl vor.

Die Stimmzettel zur geheimen Wahl werden den Kreisrätinnen und Kreisräten durch Herrn Pflumm nach namentlichem Aufruf in der Reihenfolge der Sitzordnung durch Frau Kapitel ausgeteilt, danach erfolgt die Stimmabgabe in der Wahlkabine und der Einwurf in die Urne, überwacht von Frau Kovacevic.

Der Vorsitzende stellt durch Nachfrage fest, dass alle Kreisrätinnen und Kreisräte ihren Stimmzettel abgegeben hätten.

Neben Herrn Pflumm werden Kreisrätin Dr. Dürr, Kreisrat Weller und Kreisrätin Dr. Schöler in die Zählkommission berufen.

Durch geheime Wahl ergibt sich folgendes Ergebnis, das der Vorsitzende bekannt gibt:

Anwesende Stimmberechtigte:	51
Erforderliche absolute Mehrheit:	26
Abgegebene Stimmen:	51
Stimmen für Herrn Pawlak:	48
Enthaltungen/Ablehnungen/ungültig:	3

Herr Pawlak betritt den Sitzungssaal.

Der Vorsitzende teilt mit, der Kreistag habe Herrn Pawlak zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Leitung des Verwaltungsdezernats (Besoldungsgruppe B 2 bzw. entsprechende übertarifliche Eingruppierung) übertragen. Er beglückwünscht ihn zur Wahl und wünscht ihm alles Gute.

Herr Pawlak bedankt sich für das Vertrauen.

Somit ergeht folgender

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Beschluss:

Herrn Marius Pawlak wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Leitung des Verwaltungsdezernates (Besoldungsgruppe B 2 bzw. entsprechende übertarifliche Eingruppierung) übertragen.

Auszüge:

Hauptamt
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN

- Niederschrift -

Sitzung Kreistag

am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 3 - öffentlich -

Kreiskliniken Reutlingen GmbH;

Entscheidung über die Eckpunkte des Medizinkonzepts 2030 inklusive Wirtschaftsmaßnahmen

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. X-0709 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war. Er führt aus, der Landkreis Reutlingen stehe vor sehr wichtigen, richtungsweisenden Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Reutlingen und auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreiskliniken. Die Kreiskliniken seien ein Teil der Gesundheitsversorgung im Landkreis Reutlingen. Das Ziel müsse sein, hochwertige, verlässliche und zeitgemäße Gesundheitsversorgung für die Menschen im Landkreis Reutlingen vorzuhalten. Die Gesundheit sei für alle Menschen wichtig, in den Kliniken, in den Arztpraxen, in der Pflege, in anderen Gesundheitseinrichtungen, in der Vorbeugung, mobil, stationär sowie in den Familien. Nicht immer würde es ausreichen, genügend Personal oder ausreichende Finanzen in den Kliniken zur Verfügung zu haben. Man wisse zum Beispiel, dass nicht ausreichend Pflegeplätze beim Übergang von den Kliniken in die Pflege vorhanden seien. Es sei ihm dabei wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Rahmen, der von der Bundes- und Landespolitik gesetzt sei, eingehalten werden müsse. Häufig entstehe in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass der Kreistag des Landkreises Reutlingen definiere, welche medizinischen Leistungen an welcher Stelle erbracht würden und wie diese abgerechnet würden. Man nehme sehr wohl die Interessen der Mitarbeitenden und die Bedürfnisse der Bevölkerung wahr. Vor diesem Hintergrund versuche man die richtigen Entscheidungen zu treffen. Man wolle die Gesundheitsversorgung als Ganzes in den Blick nehmen. Die Kreiskliniken seien ein wesentlicher Bestandteil der Gesundheitsversorgung im Landkreis, sie seien in öffentlicher Verantwortung und sollten dies nach seiner Meinung auch bleiben. Man müsse sich im Lichte der Veränderungen, die durch die Gesundheitsreform auf den Landkreis zukommen würde, mit einem Medizinkonzept auf den Weg machen. Der aktuelle Geschäftsbesorgungsvertrag ende zum 30.04.2025 und könne nicht verlängert werden. Daher müsse eine neue Lösung gefunden werden. Hierzu gebe es verschiedene Alternativen. Die Verwaltung empfehle die Ausschreibung eines Geschäftsbesorgungsvertrags für die Dauer von 3 Jahren mit einer Verlängerungsoption um weitere 2 Jahre. Er sei davon überzeugt, dass es richtig sei, erneut einen Geschäftsbesorgungsvertrag auszuschreiben, weil die Herausforderungen der kommenden Jahre immens seien. Außerdem werde man sich in den nächsten 2 bis 3 Jahren sehr intensiv mit der Gesundheitsversorgung im Landkreis Reutlingen insgesamt auseinandersetzen müssen. Ihm sei wichtig, bereits heute dazu Beschlüsse zu fassen. Man dürfe nun keine Zeit verlieren. Man könnte Musterlandkreis für Baden-Württemberg werden. Es sei jetzt schon bekannt, dass in den nächsten 5 bis 10 Jahren 7 Mio. Erwerbstätige aus dem Arbeitsleben in der Bundesrepublik ausscheiden werden, dadurch sei klar, dass das Thema Fachkräftemangel auch in Zukunft ein Problem sei. Man wisse außerdem, dass 38 % der niedergelassenen Ärzte in den kommenden 5 bis 10 Jahren ausscheiden werden und größtenteils nicht ersetzt würden. Daher reiche es nicht, nur den stationären Betrieb zu betrachten, man müsse die Gesundheitsversorgung insgesamt in den Blick nehmen. Wer heute Angst vor Personalabbau in den Kliniken habe, habe die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Man werde auch in Zukunft jede einzelne Mitarbeiterin und jeden einzelnen Mitarbeiter dringend benötigen. Ihm sei sehr wichtig, aufzuzeigen, dass man alle diese Herausforderungen im Blick habe. Um die Probleme in unserem Landkreis zu lösen, reiche es nicht, ein Medizinkonzept zu erstellen und eine neue Klinik zu erbauen. Das Gesundheitssystem müsse sich künftig viel mehr auch mit den gesunden Menschen beschäftigen,

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

damit sie erst gar nicht krank würden. Ihm sei wichtig aufzuzeigen, dass man alle diese Probleme im Blick habe.

Herr Nusser trägt beiliegende PowerPoint-Präsentation vor.

Kreisrat Gampe bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Klinikums. Es stelle sich nun die Frage, wie es mit den Kreiskliniken weitergehe. Die Verwaltung habe in Zusammenarbeit mit den Geschäftsführern der Kreiskliniken die Eckpunkte des Medizinkonzept 2030 zur Beschlussfassung vorgelegt. Dabei handle es sich im Kern um eine logische Weiterentwicklung des Medizinkonzeptes 2025 und reagiere auf die nun anstehenden gesundheitspolitischen Vorgaben und die sich daraus ergebenden Strukturveränderungen in der stationären Versorgung. Als zentrale Bestandteile enthalte diese Variante eine weitere Spezialisierung und Konzentration, eine Verstärkung der Angebote und eine Weiterentwicklung der Zentrenstruktur. Die Variante „gezielte Stärkung“ führe nach den bisherigen Prognosen im Jahr 2030 zu einem Defizit von 8,4 Mio. EUR, und das bei einer auf 540 Betten reduzierten Kreisklinik. Deshalb werde versucht, mit Wirtschaftlichkeitsmaßnahmen in vielen kleinen Schritten bis 2030 zu einem besseren Ergebnis zu kommen, ohne dass es zu einem qualitativ schlechteren Ergebnis der Gesundheitsversorgung der Bürger komme. Das oberste Ziel solle eine gute Gesundheitsversorgung bleiben. Hierzu wolle die Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN 4 Anmerkungen machen:

1. Aus Sicht der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN ergebe sich aus dem Fehlbetrag des Jahres 2023 von 15,2 Mio. EUR, dass das Ziel, die „schwarze Null“, in den nächsten Jahren nicht erreicht werden könne. Allerdings hätten 80 % aller Kliniken in Baden-Württemberg vergleichbare finanzielle Probleme. Da der Landkreis im Rahmen der Daseinsvorsorge die Aufgabe habe, die Gesundheitsvorsorge sicherzustellen, werde es nicht ohne weitere finanzielle Belastungen des Kreishaushalts gehen.

2. Die Wirtschaftlichkeitsmaßnahmen würden von der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN zur Kenntnis genommen, jedoch kritisch betrachtet. Sie würden sich zu ca. 30 % auf Struktur- und Prozessveränderungen beziehen. Aus ihrer Sicht solle dieser Anteil gesteigert werden. Die weiteren 70 % würden sich auf Personalabbau beziehen. Hierbei sei an ca. 100 Vollzeitkräfte gedacht. Man solle versuchen, diesen Anteil zu reduzieren und auf Renteneintritte und Fluktuation zu setzen. Auf betriebsbedingte Kündigungen solle grundsätzlich verzichtet werden. Man müsse auch vermeiden, dass der Ruf des Klinikums Schaden nehme, wenn sich Beschäftigte nach erhöhtem Arbeitsdruck wegbewerben würden.

3. In Ziffer 3 des Beschlussvorschlags gehe es darum, Kooperationsmöglichkeiten auszuloten, was seine Fraktion sehr befürworte. Es wäre hilfreich, wenn die Kreisrätinnen und Kreisräte im Verwaltungsausschuss über eine Konzeption der Kooperationsgespräche diskutieren könnten. Es stelle sich die Frage, was konkret mit Kooperation gemeint sei, ob es um eine Kooperation mit benachbarten Kliniken im medizinischen Bereich gehe, also im ökonomischen Bereich, oder gegebenenfalls im strategisch-strukturellen Bereich. Möglicherweise könnte es auch um einen Klinikverbund Reutlingen/Tübingen mit zentralem Kern gehen. Gespräche mit dem Sozialministerium würden sie für zielführend halten, nur so könne man die Frage der Förderung eines Neubaus sinnvoll begleiten.

4. Die Planungen des Neubaus und die Entwicklung des Standorts sollten vorangetrieben werden. Es sollten Zwischenziele formuliert werden. Die Diskussion schiebe der Landrat vor sich her. Bei einem Klinikneubau würden die Kosten für ein Klinikbett aktuell bei 1,2 bis 1,5 Mio. EUR liegen. Bei einem Ziel von 540 Betten spreche man somit von Kosten in Höhe

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

von rund 650 bis 800 Mio. EUR für einen Neubau. Er möchte wissen, wann diese Diskussion im Kreistag geführt werde. Sie seien der Auffassung, dass mit dem Medizinkonzept 2030 für die Zukunft klare Perspektiven geschaffen würden, sowohl für die Patientinnen und Patienten als auch für die Beschäftigten und die Gesundheitsversorgung. Alle Beteiligten würden nun wissen, wie es bei den Kreiskliniken weitergehe.

Kreisrat Dr. Hägele führt aus, das Medizinkonzept 2030 baue auf das Medizinkonzept 2025 auf. Dieses sei gemeinsam mit der hcb, einer sehr renommierten Gesellschaft, entwickelt worden. Alle Voraussetzungen seien klar und bekannt, wobei man erkennen müsse, dass ein Konzept kein Wunschkonzert sei. Es müsse sich zum einen an dem orientieren, was der Gesetzgeber vorgebe, und zum anderen an dem, was die Realität vorgebe. Dabei zeige sich, dass Themen wie Mindestmengenregelung, Ambulantisierung, Fachkräftemangel und insbesondere die Krankenhausreform eine wichtige Rolle spielen. Aus seiner Sicht habe man dies im Medizinkonzept abgebildet. Man müsse sich aber darüber im Klaren sein, dass das Medizinkonzept, wie es heute beschlossen werden solle, im Jahr 2030 so nicht zu 100 % umgesetzt sei. Es gebe nichts Stetigeres als den Wandel. In diesem Bereich habe er in den vergangenen Jahren die Erfahrung gemacht, dass der Wandel extrem schnell geworden sei. Es habe sich aber gezeigt, dass die gezielte Stärkung der einzige Weg sei, der für den Landkreis zielführend sei. Man müsse sich auf die zukünftige Entwicklung konzentrieren. Die künftigen Kooperationen könnten heute noch nicht näher definiert werden. Es gehe darum, Strukturen zu verknüpfen und daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Aus seiner Sicht werde es keinen Personalabbau geben. Er habe eher die Sorge, wie es gelinge, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Schon heute könne man mögliche Leistungen teilweise nicht abliefern, weil qualifiziertes Personal fehle.

Man sei nun auf dem richtigen Weg. Man müsse qualifiziertes Personal mit offenen Armen aufnehmen, das vorhandene Personal werde dringend benötigt. Speziell im Pflegebereich habe man jetzt schon nicht genügend Personal, daher drohe kein Abbau. Dies müsse ein klares Signal an die Mitarbeitenden des Klinikums sein. Die FWV-Kreistagsfraktion stehe voll hinter dem Medizinkonzept 2030 und stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Herr Nusser unterstützt die Aussagen von Kreisrat Dr. Hägele.

Kreisrat Weller bedankt sich für die ausführliche Darstellung und die Begründung des Medizinkonzeptes 2030. Das Medizinkonzept sei aus vorhandenen Leistungsdaten hergeleitet. Er weise darauf hin, dass im Beschlussvorschlag ein klares Bekenntnis des Kreistags zu einem Neubau enthalten sei. Er bitte, dies zu beachten. Die CDU-Kreistagsfraktion habe die klare Erwartung, dass die Berichtspflicht regelmäßig eingehalten werde. Die CDU-Kreistagsfraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Kreisrat Kluck weist darauf hin, das Defizit werde man nicht auf Dauer tragen können. Die FDP-Kreistagsfraktion stehe zu den Eckpunkten des Medizinkonzeptes. Man dürfe auch in Zukunft nicht damit aufhören, das Land an seine Pflichten zu erinnern. Das Land sei für die Kliniken zuständig, ziehe sich aber seit gut 10 Jahren zurück. Man brauche den Neubau, daher müsse man an den Planungen dranbleiben. Man müsse über jeden einzelnen Mitarbeiter in den Kliniken froh sein, daher sehe er keine Gefahr für Personalabbau. Man stehe auch zu den Kooperationen. Ein Zurück zu einem Regiebetrieb lehne die FDP-Kreistagsfraktion ab.

Kreisrätin Hummel bedankt sich im Namen der SPD-Kreistagsfraktion für die Erstellung des Medizinkonzeptes. Man habe nun einen Rahmen, in dem man sich bewegen könne und wol-

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

le. Es sei aus ihrer Sicht der richtige Weg, den man nun einschlage. Es sei richtig, Kooperationen einzugehen. Sie hoffe, dass man mit diesem Beschluss auch den Weg für den Neubau frei mache und die nächsten Schritte angehen könne.

Kreisrat Buck teilt mit, er könne sich der Begeisterung seiner Vorrednerinnen und Vorredner nicht vollumfänglich anschließen. Er hätte sich gewünscht, dass richtige, tiefgreifende Alternativen aufgezeigt würden. Bei der Betriebsversammlung hätten insbesondere die Chefärzte berichtet, dass sie zum Teil nicht gut informiert seien und dass sie Nachteile für die Kliniken sehen würden. Auf den Seiten 6 und 9 der Aufsichtsratsvorlage werde sehr wohl vom Abbau von rund 100 Vollkräften gesprochen. Auch wenn diese Personalanpassung überwiegend durch natürliche Fluktuation geschehe, müsse man doch bedenken, dass die Arbeit dann auf den Schultern derer laste, die aufgrund des Fachkräftemangels eh schon überfordert seien. Er könne dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, da er nicht davon überzeugt sei, dass dies der richtige Weg sei.

Kreisrätin Braun-Seitz führt aus, in Deutschland gebe es eine strukturelle Unterfinanzierung der Kliniken und die Folgen der Inflation würden die Gesundheitsversorgung der Menschen in Deutschland bedrohen, wie nie zuvor. Inflation und allgemeine Kostensteigerung hätten die deutschen Kliniken in ein Defizit in Höhe von 10 Mrd. EUR getrieben. Die strukturellen Probleme habe auch das bisherige Management nicht lösen können. Wirtschaftlichkeitsmaßnahmen dürften nie zulasten des Personals gehen. Es dürfe keine Mehrarbeit und keine Arbeitsverdichtung geben. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE stehe klar zum Neubau, den man dringend brauche. Sie kritisiere, dass die RKH das Gutachten beauftragt habe. Sie hätten sich ein unabhängigeres Gutachten gewünscht.

Kreisrat Schrade bemerkt, der Gesundheitssektor habe während der Corona-Pandemie nicht nur sehr viele Patienten verloren, sondern auch Ansehen und Vertrauen. Wie in anderen Bereichen der Gesellschaft auch, seien Vor-Corona-Zahlen in weite Ferne gerückt. Der Ansehensverlust werde weitergehen. Es sei zu befürchten, dass die politischen Vorgaben nicht stetiger, nicht kundenorientierter und nicht mit mehr Geld für die Kliniken ausgestattet sein würden. Der demografische Wandel und die Personalknappheit würden weitergehen. Es sei eine Abwärtsspirale erkennbar. Alles was man tun könne, sei, beweglicher und anpassungsfähiger zu werden. Daher stehe die AfD-Kreistagsfraktion der Neustrukturierung, die das Medizinkonzept mit sich bringe, grundsätzlich positiv gegenüber. Skeptisch stehe die AfD-Kreistagsfraktion jedoch einem Neubau gegenüber. Die Flugfeld-Klinik in Böblingen sei für sie ein abschreckendes Beispiel. Seine Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses gemäß KT-Drucksache Nr. X-0709 zur Abstimmung. Gegen eine Zusammenfassung der Ziffern bestehen keine Bedenken.

Es ergeht mehrheitlich mit 52 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme folgender

Beschluss:

1. Die Eckpunkte des vorgestellten Medizinkonzepts 2030 der Kreiskliniken Reutlingen in der Variante „Gezielte Stärkung“ werden als medizinische Strategie 2030 der Kreiskliniken beschlossen.
2. Das vorliegende Konzept der Wirtschaftlichkeitsmaßnahmen für die Kreiskliniken Reut-

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

lingen wird zur Kenntnis genommen.

3. Der Vertreter des Landkreises Reutlingen in der Gesellschafterversammlung der Kreiskliniken Reutlingen wird angewiesen, die Geschäftsführung der Kreiskliniken Reutlingen zu beauftragen:
 - a) gemeinsam mit dem Vertreter des Gesellschafters die Kooperationsmöglichkeiten für die Kreiskliniken Reutlingen auszuloten und mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg Gespräche über das Medizinkonzept 2030 zu führen sowie die zuständigen Gremien darüber zu informieren.
 - b) die Wirtschaftlichkeitsmaßnahmen weiter zu konkretisieren und soweit erforderlich die jeweiligen Maßnahmen den jeweils zuständigen Gremien vorzulegen. Grundsätzlich soll auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet werden.
 - c) die weiteren Planungen für einen Neubau des Klinikums Reutlingen auf Basis des Medizinkonzepts 2030 mit einem Bettenbedarf von 540 Betten voranzutreiben und den Aufsichtsrat sowie den Gesellschafter über den aktuellen Stand regelmäßig zu unterrichten.
 - d) gemeinsam mit der Stadt Reutlingen die Planung und Entwicklung der für einen neuen Klinikstandort geeigneten in Reutlingen-Sondelfingen liegenden Fläche Spießhardt/Stettert weiter voranzutreiben.
 - e) einen aktualisierten Kostenrahmen auf Basis des beschlossenen Medizinkonzepts am potenziellen Standort Reutlingen-Sondelfingen aufzustellen.

Auszüge:

Kreiskämmerei
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 4 - öffentlich -

a) Kreiskliniken Reutlingen GmbH - Managementkonzeption ab Mai 2025
b) Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung im Landkreis Reutlingen

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksachen Nrn. X-0635 bis X-0635/1 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen waren. Er ruft außerdem beiliegende Tischvorlagen KT-Drucksachen Nrn. X-0635/2 (Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE), X-0635/1/1 (Antrag Kreisrat Buck) und X-0635/3 (Antrag der CDU-Kreistagsfraktion) auf. Er begrüße Herrn Dr. Meininger, der den Landkreis in dieser Sache juristisch berate.

Kreisrat Dr. Hägele stellt fest, am 30.04.2025 ende der mit der RKH geschlossene Vertrag. Die Empfehlung, einen weiteren Managementvertrag für die Dauer von 3 Jahren, mit Verlängerungsoption, auszuschreiben, liege nun auf dem Tisch. Die FWV-Kreistagsfraktion spreche sich für diesen Vorschlag aus, da man sowohl mit Managementverträgen als auch mit Einzelgeschäftsführern Erfahrung habe. Man hätte Bedenken, mit einem Einzelgeschäftsführer erfolgreicher zu sein. Da man eine strategische Weiterentwicklung auf den Weg bringen wolle, müsse man sich darüber im Klaren sein, dass man sich nun in einer Übergangsphase befinde. Die FWV-Kreistagsfraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Kreisrat Buck begründet den Antrag gemäß KT-Drucksache Nr. X-0635/1/1.

Kreisrätin Braun-Seitz begründet den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE gemäß KT-Drucksache Nr. X-0635/2.

Kreisrat Gampe führt aus, die Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN hätten sich mit der Managementkonzeption schwergetan, weil die hohen Erwartungen an den Managementvertrag nicht immer erfüllt werden konnten. Die sogenannte „2. Ebene“ habe nur unvollständig aufgebaut werden können. Die Unterstützung durch den sogenannten Background sei häufig nicht wie gewünscht gewesen. Hinzu kämen die jüngst aktuellen Querelen innerhalb der RKH, die Zweifel an der Zuverlässigkeit der RKH hätten aufkommen lassen. Dies habe bei einigen der Mitglieder der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN Sympathien für eine Einzelgeschäftsführung hervorgerufen. Die Vorteile seien zum Beispiel keine Loyalitätsprobleme und die direkte Steuerung. Hinzu komme, dass viele Kliniken eine eigene Geschäftsführung hätten. Herr Dr. Meininger habe in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses darauf hingewiesen, dass eine parallele Ausschreibung nicht möglich sei, wohl aber eine gestaffelte Ausschreibung. Daraufhin sei die Idee entstanden, zunächst eine eigene Geschäftsführung auszuschreiben, um dann aber bei unbefriedigendem Ergebnis eine Ausschreibung nach einem Geschäftsbesorgungsvertrag nachreichen zu können. Dieser Ansatz könne aber zeitlich nicht mehr realisiert werden.

Zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung im Landkreis würden viele unbestimmte, unklare Begrifflichkeiten wie zum Beispiel „die Gesundheitsversorgung soll über Sektoren hinweg für eine optimale Versorgung betrachtet werden“ verwendet. Es werde nicht erläutert, an welchen Kriterien eine optimale Versorgung gemessen werde. Es werde nicht in Frage gestellt, dass man eine zusammenfassende Konzeption der Gesundheitsversorgung im Landkreis auch als Startschuss für den Neubau brauche. Hierzu wolle seine Fraktion eine Anregung geben.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Ein externer Dienstleister solle für 3 Jahre beauftragt werden, um die Strukturen der Gesundheitsversorgung der Region Reutlingen gründlich zu erfassen und zu analysieren. Er wolle wissen, warum diese zusammenfassende Konzeption erst jetzt erfolge und warum die Verwaltung hierfür einen externen Dienstleister brauche, da eine exzellente Datengrundlage vorhanden sei. Er erinnere, im Jahr 2018 sei der Modellbericht über das Modell sektorenübergreifende Versorgung in Baden-Württemberg veröffentlicht worden. Im Jahr 2020 habe Dr. Roller in einer Kreistagsklausur detaillierte Ausführungen über die sektorenübergreifende Versorgung im Landkreis präsentiert. Er wolle wissen, welche Schlüsse die Verwaltung daraus gezogen habe. Die Verwaltung selbst weise auf die Ergebnisse des Projekts „sektorenübergreifender Primärversorgungsverbund“ von 2022 hin. Im Produkthandbuch des Landkreises finden sich neben der Sicherung einer professionellen Gesundheitsversorgung der Bevölkerung (Seite 222) sowie dem Sicherstellen der Pflege und Betreuung (Seite 223) auch die Gesundheitsplanung, Gesundheitsförderung und Prävention (Seite 228). Hierzu würden Analysen und gesundheitsbezogene Planungen, auch die Planung und Etablierung weiterer Gesundheitszentren (Seite 228/229), gehören. Seine Fraktion traue es den Fachleuten in der Verwaltung zu, diese Expertise in kürzerer Zeit zusammenzuschreiben. Werde ein externer Dienstleister beauftragt, würden Entscheidungen weiter in die Zukunft verschoben.

Kreisrat Weller vertritt die Meinung, die Aufgabe des Kreistags sei, einen Teil dazu beizutragen, dass die Kreiskliniken im Mai 2025 eine kompetente und funktionierende Geschäftsführung hätten. Man sei mit der Erfüllung dieser Aufgabe zu spät dran. Aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion müsse man sich daher nun für einen der vorgeschlagenen Wege entscheiden. Man habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, werde aber nun der Empfehlung zustimmen, erneut einen Managementvertrag auszuschreiben. Er erläutere den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion gemäß KT-Drucksache Nr. X-0635/3. Die vergangenen Wochen hätten gezeigt, dass man darüber nachdenken müsse, ob die Strukturen und Arbeitsweisen des Aufsichtsrats der Kreiskliniken, wie sie derzeit bestünden, richtig seien. Aus seiner Sicht sei dieser mit zu wenig Fachleuten und zu viel Vertretern der Politik besetzt. Man brauche im Aufsichtsrat mehr Fachlichkeit, um solche Entscheidungen besser vorbereiten zu können.

Kreisrätin Hummel führt aus, man habe sich die Diskussionen der vergangenen Wochen nicht leicht gemacht. Alle Fraktionen seien bestrebt, kompetente Personen, gute Strukturen und beste Versorgung für die Menschen im Landkreis zu erhalten. Es gebe unterschiedliche Wege, dieses Ziel zu erreichen. Auch die SPD-Kreistagsfraktion habe es sich nicht leicht gemacht, die richtige Entscheidung zu treffen. Die letzten 5 Jahre seien im gesundheitlichen Bereich nicht leicht gewesen. Die Corona-Pandemie habe von den Beschäftigten vieles abverlangt. Die Kliniken hätten in dieser Zeit aus ihrer Sicht einen tollen Job gemacht und viel Vertrauen aufgebaut. Ein wichtiger Baustein für die SPD-Kreistagsfraktion sei das Thema Kontinuität. Die rechtlichen Rahmenbedingungen seien so, dass eine weitere Verlängerung des bestehenden Vertrages nicht möglich sei. Schade sei, dass man nicht mehr die Zeit habe, verschiedene Vorgehensweisen nacheinander zu schalten. Man sei daher gezwungen, sich nun für einen Weg zu entscheiden. Die SPD-Kreistagsfraktion stimme der Ausschreibung eines Managementvertrages zu. Ihnen sei wichtig, dass die Beschäftigten bei maßgeblichen Entscheidungen für die kommenden Jahre miteinbezogen würden.

Kreisrat Hipp teilt mit, er werde dem Antrag von Kreisrat Buck zustimmen. Die gesamte Belegschaft müsse ein Team bilden, nur so könne etwas erreicht werden. Man müsse eine Persönlichkeit finden, die in der Lage sei, dieses Vertrauen in den Kliniken aufzubauen, damit ein Wir-Gefühl entstehe.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Kreisrat Kluck teilt mit, die FDP-Kreistagsfraktion vertrete die Meinung, man solle nicht zum Regiebetrieb zurückkehren. Ideal wäre gewesen, wenn man den Vertrag mit der RKH hätte verlängern können. Da dies rechtlich nicht möglich sei, stimme sie der Ausschreibung eines Managementvertrags zu.

Kreisrat Ziegler erinnert, die Kreistagsfraktion DIE LINKE vertrete bereits seit vielen Jahren die Auffassung, dass die Kreiskliniken in eine kommunalpolitische, öffentlich-rechtliche Verantwortung gehören. Seine Fraktion habe sich dafür eingesetzt, leider habe aber die Unterstützung der anderen Fraktionen gefehlt. Die überwiegende Mehrheit habe sich 2019 für die Vergabe des Managements an die RKH entschieden. Alleine eine Geschäftsführung sei zu wenig, um ein Unternehmen zu führen, hierzu benötige man ein tragfähiges Umfeld, dies sei jedoch bei den Kreiskliniken nicht vorhanden. Eine parallele oder stufenweise Ausschreibung sei nicht sinnvoll bzw. es würde für eine stufenweise Ausschreibung nicht die erforderliche Zeit zur Verfügung stehen. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE stimme daher dem Beschlussvorschlag zu.

Herr Dr. Meininger führt aus, man benötige ca. 10 Monate, um eine Geschäftsführung zu finden. Eine nachgelagerte Ausschreibung sei daher zeitlich tatsächlich nicht möglich.

Kreisrat Buck teilt mit, man könne sich sehr gut vorstellen, dass unabhängig von der RKH Herr Nusser künftig die Geschäftsführung übernehme.

Der Vorsitzende teilt mit, in welcher Reihenfolge über die vorliegenden Anträge abgestimmt werde. Er stellt den Antrag von Kreisrat Buck gemäß KT-Drucksache Nr. X-0635/1/1 zur Abstimmung.

Der Antrag wird bei 4 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen mit 42 Gegenstimmen mehrheitlich

abgelehnt.

Auf Wunsch aus dem Gremium stellt der Vorsitzende Ziffer 1 des Antrags der Kreistagsfraktion DIE LINKE gemäß KT-Drucksache Nr. X-0635/2 zur Abstimmung.

Ziffer 1 des Antrags wird bei 11 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen mit 37 Gegenstimmen mehrheitlich

abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt Ziffer 2 des Antrags der Kreistagsfraktion DIE LINKE gemäß KT-Drucksache Nr. X-0635/2 zur Abstimmung.

Ziffer 2 des Antrags wird bei 3 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen mit 38 Gegenstimmen mehrheitlich

abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion gemäß KT-Drucksache Nr. X-0635/3 zur Abstimmung.

Der Antrag wird einstimmig mit 50 Ja-Stimmen ohne Enthaltung

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

angenommen.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses gemäß KT-Drucksache Nr. X-0635, ergänzt um den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, zur Abstimmung.

Es ergeht einstimmig mit 45 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen folgender

Beschluss:

1. Der Kreistag des Landkreises Reutlingen stellt fest, dass die gesetzliche Vorgabe, Kliniken neben der Sicherstellung von Versorgungszielen im Rahmen der Daseinsvorsorge auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen, durch die Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung schwierig umzusetzen ist. Durch die anstehende Klinikreform ist auch mit strukturellen Veränderungen für die Kreiskliniken Reutlingen zu rechnen, welche derzeit noch nicht abschließend absehbar sind.
2. Der Vertreter des Landkreises Reutlingen in der Gesellschafterversammlung wird angewiesen, die Kreiskliniken Reutlingen zu beauftragen:
 - a) Einen Managementvertrag auszuschreiben und die Vergabe dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung (Kreistag) zur Beschlussfassung vorzulegen. Dieser Managementvertrag soll mit einer Festlaufzeit vom 01.05.2025 bis 30.04.2028 zuzüglich einer Verlängerungsoption von 2 Jahren und einem Sonderkündigungsrecht ausgeschrieben werden.
 - b) Im Unternehmensplan der Kreiskliniken Reutlingen ausreichende Mittel für die Ausschreibung des Managementvertrags zur Verfügung zu stellen.
 - c) Dem Vergabeverfahren Bewertungskriterien zugrunde zu legen, die sicherstellen, dass der Zuschlag an einen Bieter erfolgt, der sich im besonderen Maße den wirtschaftlichen wie den qualitativen und strategischen Zielen des Landkreises verpflichtet sieht, sowie die Bewertungskriterien der Gesellschafterversammlung (Kreistag) vorab zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die Verwaltung des Landkreises Reutlingen wird beauftragt, dem Betriebsrat die Gelegenheit zu geben, Anregungen und Zielvorstellungen zur Gestaltung der Ausschreibungsbedingungen sowie den Bewertungskriterien für die Vergabe eines Managementvertrages einzubringen. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat sind dabei einzubeziehen. Dem Kreistag ist Bericht zu erstatten.
4. Die Verwaltung des Landkreises Reutlingen wird beauftragt, die strategische Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung im Landkreis Reutlingen voranzubringen und das Zielbild der Kreiskliniken als Bestandteil der Versorgungsregion zu entwickeln. Hierfür soll eine entsprechende Ausschreibung für einen externen Dienstleister vorbereitet werden. Die Ausschreibung soll in der zweiten Jahreshälfte 2024 in den Kreistag eingebracht werden und nach Beschluss des Gremiums starten. In diesem Prozess sollen auch die Potenziale einer strategischen Partnerschaft für die Kreiskliniken Reutlingen ergebnisoffen geprüft werden.

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Auszüge:

Kreiskämmerei
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 5 - öffentlich -

Managementvertrag für die Kreiskliniken Reutlingen GmbH
(Anfrage der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN)
Mitteilungsvorlage

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0631 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Kreisrat Gampe erinnert, die Anfrage der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN zum Managementvertrag sei vom 01.06.2023. Anfragen würden in der Regel gestellt, um Informationen zu erhalten, die das Handeln der Verwaltung nachvollziehbar machen würden. Wenn die Beantwortung zum Teil sehr schmal gehalten werde, um Informationen zurückzuhalten, erschwere dies den ehrenamtlichen Kreisrätinnen und Kreisräten die Wahrnehmung von Verantwortung. Ein Beispiel sei, dass die Kosten für das Gutachten des wissenschaftlichen Instituts nicht aufgeführt worden seien, obwohl diese Kosten der Verwaltung bekannt sein müssten. Außerdem würden ehrenamtliche Kreisrätinnen und Kreisräte unnötig belastet, wenn in der Beantwortung der Anfrage 4-mal auf ein weiteres Dokument verwiesen werde. Man hätte erwartet, dass die Verwaltung die entsprechenden Abschnitte der Dokumente in die Beantwortung kopiere. Wenn eine aktuelle Anfrage erst nach 9 Monaten beantwortet werde, verliere diese aktuelle Anfrage ihren Sinn. Sie sei aber Teil der demokratischen Kontrolle der Exekutive durch die Kreisrätinnen und Kreisräte. Das habe auch etwas mit Respekt zu tun.

Der Vorsitzende stellt fest, die Mitglieder des Kreistags hätten von der Mitteilungsvorlage Kenntnis genommen

Auszüge:
Kreiskämmerei
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 6 - öffentlich -

Kreiskliniken Reutlingen GmbH;
Übernahme von Ausfallbürgschaften

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0713 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses gemäß KT-Drucksache Nr. XI-0713 zur Abstimmung. Gegen eine Zusammenfassung der Ziffern bestehen keine Bedenken.

Ohne Aussprache ergeht einstimmig mit 51 Ja-Stimmen ohne Enthaltung folgender

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Kreiskliniken Reutlingen die Ausfallbürgschaft zur Sicherung von Kontokorrentkrediten von bis zu 50,0 Mio. EUR zu übernehmen.
2. Die Ausfallbürgschaft für die Kontokorrentkredite wird auf 100 % der Kreditsumme von bis zu 50,0 Mio. EUR begrenzt und auf die Laufzeit der Kreditverträge befristet.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Kreiskliniken Reutlingen die Ausfallbürgschaft zur Sicherung von Darlehen in Höhe von insgesamt bis zu 7,0 Mio. EUR zu übernehmen.
4. Die Ausfallbürgschaft für die Darlehen wird auf 100 % der Kreditsumme von bis zu 7,0 Mio. EUR begrenzt und auf die Laufzeit der Kreditverträge befristet.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Kreiskliniken Reutlingen die Ausfallbürgschaft zur Sicherung von Darlehen in Höhe von insgesamt bis zu 8,4 Mio. EUR zu übernehmen.
6. Die Ausfallbürgschaft für die Darlehen wird auf 80 % der Kreditsumme von bis zu 8,4 Mio. EUR begrenzt und auf die Laufzeit der Kreditverträge befristet.

Auszüge:

Kreiskämmerei
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 7 - öffentlich -

Maßnahme zur Personalgewinnung und -bindung
- Anrechnung der Stufenlaufzeit bei Höhergruppierungen

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0706 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses gemäß KT-Drucksache Nr. XI-0706 zur Abstimmung.

Ohne Aussprache ergeht einstimmig mit 51 Ja-Stimmen ohne Enthaltung folgender

Beschluss:

Dem Kreistag wird empfohlen, ab dem 01.01.2024 bei einer Höhergruppierung von tariflich Beschäftigten die bereits in der bisherigen - niedrigeren - Entgeltgruppe zurückgelegte Stufenlaufzeit übertariflich anzurechnen.

Auszüge:

Hauptamt
Verwaltungsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 8 - öffentlich -

Nachhaltiger Landkreis Reutlingen
- Nachhaltige Top-Projekte 2023
Mitteilungsvorlage

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0717 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Herr Stede und Frau Dr. Huttenlocher tragen den Sachverhalt gemäß beiliegender Power-Point-Präsentation vor.

Kreisrätin Dr. Schöler bedankt sich im Namen der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN beim gesamten Team für die hervorragend geleistete Arbeit. Die KT-Drucksache gebe einen guten Überblick über sämtliche Projekte und sei sehr gelungen. Es werde dabei deutlich, dass Nachhaltigkeit sehr viele verschiedene Aspekte umfasse und mehr sei als nur Klimaschutz. Es wäre wünschenswert, diese Liste auch der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen und vor allem einen Ausblick auf die kommenden Projekte zu geben.

Herr Stede führt aus, nachdem nun der Kreistag informiert worden sei, werde man zusammen mit dem Landrat eine Pressemitteilung machen. Außerdem gebe es häufig zu den einzelnen Projekten separate Pressetermine.

Der Vorsitzende bedankt sich beim gesamten Nachhaltigkeitsteam, ganz besonders auch bei Herrn Stede, der maßgeblich dafür verantwortlich sei, dass der Landkreis Reutlingen beim Thema Nachhaltigkeit sehr weit sei.

Der Vorsitzende stellt fest, die Mitglieder des Kreistags hätten von der Mitteilungsvorlage Kenntnis genommen.

Auszüge:

Kreisamt für nachhaltige Entwicklung
Nachhaltigkeitsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 9 - öffentlich -

Weiterentwicklung von Assistenzangeboten für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Reutlingen - Vorstellung Impulspapier "Mir machet" statt "Mir sottet" Mitteilungsvorlage

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0715 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war. Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt er Herrn Prof. Dr. Jerg. Er führt aus, man habe eine engagierte Arbeitsgruppe, die sich, beauftragt von der Inklusionskonferenz, mit dem Thema Weiterentwicklung von Assistenzangeboten für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Reutlingen beschäftigt habe und eine Basis dafür geschaffen habe, dass man richtig vorankommen könne. Dies habe sehr viel mit dem Vorsitzenden dieser Arbeitsgruppe zu tun, Herrn Prof. Dr. Jerg.

Frau Goller-Lenz führt aus, die Inklusionskonferenz habe sich 2023 entschieden, das Thema „Assistenzleistungen“ in den Fokus zu nehmen. Bei Befragungen habe sich herausgestellt, dass meist im Bereich Wohnen und Freizeit Assistenz fehle. Um dies näher zu beleuchten, habe man sich mit 50 Expertinnen und Experten getroffen, um verschiedene Thementische zu bearbeiten. Daraufhin habe man ein Impulspapier entwickelt, das praktische Anregungen enthalte, die man umsetzen könne.

Herr Prof. Dr. Jerg trägt beiliegende PowerPoint-Präsentation vor.

Kreisrätin Hummel bedankt sich für die tolle Arbeit der Inklusionskonferenz. Sie bitte darum, dieses tolle Projekt zu unterstützen.

Der Vorsitzende stellt fest, es gebe konkrete Impulse, die tolle Grundlagen für weiteres Handeln darstelle. Er hoffe, dass man in den nächsten 5 Jahren erste Modellprojekte erreichen werde. Er sei sehr dankbar für dieses Impulspapier.

Der Vorsitzende stellt fest, die Mitglieder des Kreistags hätten von der Mitteilungsvorlage Kenntnis genommen.

Auszug:

Geschäftsstelle Inklusionskonferenz

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 10 - öffentlich -

Änderung in der Besetzung des Kreiswahlausschusses für die Kreistagswahl am 09.06.2024

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0705 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses gemäß KT-Drucksache Nr. XI-0705 zur Abstimmung. Gegen eine Zusammenfassung der Ziffern bestehen keine Bedenken.

Ohne Aussprache ergeht einstimmig mit 46 Ja-Stimmen ohne Enthaltung folgender

Beschluss:

1. Anstelle von Frau Carola Rau, Reutlingen, wird Herr Reinhard Herbst-Ortmann, Reutlingen, als Stellvertreter von Herrn Klemens Betz, Gomadingen, in den Kreiswahlausschuss für die Kreistagswahl am 09.06.2024 gewählt.
2. Die Benennung von Herrn Klaus-Jürgen Zickler, Reutlingen als Stellvertreter von Herrn Marc Michael Schiller, Pfullingen wird aufgehoben.

Auszug:

Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 11 - öffentlich -

Änderung der Satzung des Landkreises Reutlingen über die Form der öffentlichen Bekanntmachungen

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0704 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses gemäß KT-Drucksache Nr. XI-0704 zur Abstimmung.

Ohne Aussprache ergeht einstimmig mit 46 Ja-Stimmen ohne Enthaltung folgender

Beschluss:

Die Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachungen des Landkreises Reutlingen wird entsprechend dem Entwurf gemäß Anlage 1 zu KT-Drucksache Nr. X-0704 geändert.

Auszüge:

Stabstelle Zentrale Verwaltung
Verwaltungsdezernat
Pressestelle

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 12 - öffentlich -

Wahl eines beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss

Der Vorsitzende ruft beiliegende KT-Drucksache Nr. XI-0716 auf, die den Mitgliedern des Gremiums rechtzeitig zugegangen war.

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses gemäß KT-Drucksache Nr. XI-0716 zur Abstimmung.

Ohne Aussprache ergeht einstimmig mit 46 Ja-Stimmen ohne Enthaltung folgender

Beschluss:

Für die restliche Amtszeit des Kreistags wird Frau Julia Hofmann anstelle von Frau Michaela Polanz in widerruflicher Weise als ordentliches beratendes Mitglied (Vertreterin der katholischen Kirche - persönliche Stellvertretung: Herr Dietmar Hermann) in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Auszüge:

Stabstelle Zentrale Verwaltung
Verwaltungsdezernat
Kreisjugendamt
Sozialdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 13 - öffentlich -

**Verkehrsverbund naldo - Weiterentwicklung
(Mitteilung)**

Herr Stede teilt mit, der Verkehrsverbund naldo mache seit über 2 Jahrzehnten eine sehr wertvolle und erfolgreiche Arbeit. Die Rahmenbedingungen im ÖPNV hätten sich jedoch in dieser Zeit dramatisch geändert. Es gebe immer weniger eigenwirtschaftliche Verkehre, die Landkreise würden immer mehr gemeinwirtschaftliche Verkehre in Auftrag geben und hätten dafür die Erlösverantwortung. Hinzu komme, dass die Tarifhoheit von naldo immer stärker eingeschränkt werde. Mittlerweile würden über das Deutschlandticket 70 % der Fahrten abgewickelt. Aus diesem Grund hätten sich die Geschäftsführer von naldo und einigen Nachbarverbünden (unter anderem DING und BODO) zusammengesetzt und überlegt, wie die Verbünde sich weiterentwickeln könnten. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, wie zum Beispiel die Änderung des naldo-Gesellschaftsvertrags oder Kooperationen mit anderen Verbünden. In einer naldo-Aufsichtsratssitzung Anfang März sei beschlossen worden, dass eine Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung von naldo eingesetzt werde. Ziel sei, Ergebnisse im Herbst vorzulegen. Eine Information und Beteiligung der zuständigen Kreisgremien werde dann voraussichtlich Ende des Jahres 2024/Anfang 2025 erfolgen.

Auszüge:

Kreisamt für nachhaltige Entwicklung
Nachhaltigkeitsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Tagesordnungspunkt 13 - öffentlich -

**Erms- und Ammertalbahn - Fahrplanüberarbeitung
(Mitteilung)**

Herr Stede teilt mit, bei der Erms- und Ammertalbahn gebe es immer noch Qualitätsprobleme. Kleinere Maßnahmen, die ergriffen worden seien, hätten nicht zur erhofften stabilen Betriebsqualität beigetragen. Aus diesem Grund seien die beiden Aufgabenträger, das Land und der Zweckverband Ammertalbahn, dabei, den Fahrplan auf der Erms- und Ammertalbahn ab Dezember 2024 zu überarbeiten. Ziel sei, mehr Puffer einzubauen, damit mehr Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit erreicht werden könne. Eine Folge davon werde sein, dass die Züge nicht mehr durchgehend von Bad Urach nach Herrenberg fahren könnten. Es werde ein Umstieg in Tübingen notwendig sein. Aus Sicht der Verwaltung sei dies nicht so problematisch, weil die große Mehrzahl der Fahrgäste in Tübingen aussteige. Tübingen sei die Station mit der geringsten Zahl durchfahrender Fahrgäste. Im Gegenzug sehe man die Chance, dass zwischen Bad Urach und Tübingen künftig die lästigen Standzeiten in Reutlingen deutlich reduziert würden. Dies sei nur ein Übergangsfahrplan ab Dezember 2024 für ein Jahr. Es müsse nun zunächst von der DB geprüft werden, ob dieser Fahrplan funktioniere. Wenn im Dezember 2025 der Halbstundentakt nach Bad Urach beginne und die beiden neuen Haltestellen in Reutlingen in Betrieb gehen würden, brauche man sowieso einen völlig neuen Fahrplan. Es sei schade, wenn übergangsweise die Direktverbindung zwischen Bad Urach und Herrenberg entfalle. Man verspreche sich aber dadurch eine deutliche Erhöhung der Betriebsqualität im Ermstal und im Ammertal. Die Verwaltung habe dazu vergangenen Freitag eine Schalte mit dem Verkehrsministerium gehabt. Erfreulich sei, dass das Land eine Prüfung zugesagt habe, ob Verstärkerzüge zu den Hauptverkehrszeiten im Ermstal gegebenenfalls schon ab Dezember 2024 machbar seien.

Auszüge:

Kreisamt für nachhaltige Entwicklung
Nachhaltigkeitsdezernat

LANDKREIS REUTLINGEN
- Niederschrift -
Sitzung Kreistag
am 20.03.2024

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung.

Zur Beurkundung

Vorsitzender

Mitglieder des Kreistags

Schriftführerin

gez. Fiedler

gez. Glaunsinger
gez. Rinderknecht

gez. Kapitel

Landrat

Bekannt gegeben in der Sitzung des Kreistags vom 28.07.2025.
Einwendungen wurden nicht erhoben.

gez. Kapitel

Schriftführerin